

Pressemitteilung

Besuch von Jolani in Berlin stoppen!

In der kommenden Woche wird Ahmad al-Sharaa (Jolani) nach Einladung von Friedrich Merz nach Berlin kommen. Dieser geplante Besuch ist eine bewusste politische Entscheidung: während Deutschland an der Abschiebung von Geflüchteten interessiert ist, wird Jolani als politischer Akteur normalisiert und gar aufgewertet. Und wer ihn aufwertet, sendet ein gefährliches Signal: dass Gewalt, religiöser Extremismus und systematische Menschenrechtsverletzungen verhandelbar sind, wenn sie außenpolitisch opportun erscheinen.

Wer ist Ahmad al-Sharaa?

Ahmad al-Sharaa selbsternannter Übergangspräsident Syriens und ein früheres Mitglied von al-Qaida und der al-Nusra Front. Bis kürzlich war er Anführer der islamistischen Miliz HTS/SNA - einem Ableger der al-Qaida und türkischer Proxymiliz. Seine Macht basiert auf religiöser Ideologie, bewaffneter Kontrolle, Einschüchterung und systematischer Unterdrückung. Er verkörpert keine demokratische Alternative zum Assad-Regime, sondern ein weiteres autoritäres Projekt, das auf Angst, Zwang und Gewalt beruht. Er steht also nicht für einen politischen Wandel in Syrien, sondern für die Fortsetzung autoritärer Herrschaft.

Die Lage in Syrien und Rojava

Die jüngsten Angriffe auf kurdische Nachbarschaften in Aleppo, Vertreibungen, Misshandlungen und gezielte Tötungen von Zivilist:innen zeigen deutlich, welches Signal seine politische Aufwertung sendet: Straffreiheit für Täter, Entwertung der Opfer und Normalisierung extremistischer Gewalt. Besonders deutlich wird sein autoritärer Charakter in der systematischen Gewalt gegen Frauen. Feminizide, Entrechtung, sexualisierte Gewalt, öffentliche Bestrafungen und außergerichtliche Hinrichtungen gehören zum Herrschaftsalltag unter Jolanis Einfluss. Die Ermordung der kurdischen Politikerin Hevrin Xelef und jüngst der Kämpferin Deniz Ciya, stehen exemplarisch für diese Praxis. Während im Iran und Rojhilat Frauen und Männer gegen eine schiitisch-islamistische Diktatur protestieren, wird in Syrien, mit Unterstützung regionaler Mächte, den USA, Israel und weiteren westlichen Akteuren, der Aufbau einer neuen sunnitisch-islamistischen Ordnung vorangetrieben. Besonders die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Nord- und Ostsyrien stehen unter massivem Druck: militärisch, politisch und wirtschaftlich. Aktuell hat das syrische Regime die Selbstverwaltung als Militärzone und damit legitimes Angriffsziel erklärt.

Die Rolle Deutschlands: Rückgrat oder Opportunismus?

Gerade Deutschland trägt eine besondere Verantwortung. Die kurdische Gesellschaft wird in Deutschland seit Jahrzehnten kriminalisiert und marginalisiert. Hinzu kommt die bedingungslose Unterstützung regionaler Mächte, wie der Türkei und nun auch Syrien, um eigene politische Interessen voranzutreiben. Es ist eine Politik des Einknickens vor extremistischen Akteuren. Dieses politische Handeln macht deutlich, dass Deutschland nicht an Menschenrechten und demokratischen Werten interessiert ist, sondern eigene Interessenpolitik auf Kosten der Menschen in Syrien und Rojava betreibt. Wir stellen uns entschieden gegen die Haltung der deutschen Regierung und fordern, dass Ahmed al-Sharaa und die HTS zur Rechenschaft gezogen werden.

Dafür laufen wir am 19.01.2026 um 16 Uhr vom Brandenburger Tor zum Bundeskanzleramt und stoßen dort zur Kundgebung am Wilhelmstgarten.

Wir fordern:

- die Absage des geplanten Treffens,
- Volle Transparenz über außenpolitische Kontakte,
- Eine klare Abkehr von der politischen Aufwertung extremistischer Akteure wie Jolani, und eine konsequente Unterstützung demokratischer Kräfte in Syrien.

Cênî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.